

Änderungsanträge Stadtvorstand Halle (Saale)

1. Änderungsantrag

Zeile 111-112 „Nur ein(...)dient“ ersetzen durch:

„Nur eine starke Linke stärkt den Sozialstaat. Eine starke Linke wird dafür sorgen, dass weibliche Fürsorgearbeit so bezahlt und so wertgeschätzt wird, wie sie es verdient.“

Begründung:

Die Zuschreibung, dass ein starker Sozialstaat alleine dafür sorgen würde, dass weibliche Fürsorgearbeit gerecht bezahlt wird, ist zu kurz gesprungen (siehe BRD der 70-er Jahre, denn nicht "der Staat" sorgt für etwas). Ein Staat mag Rahmenbedingungen setzen, aber "sorgen" und das meint unter kapitalistischen Verhältnissen "erkämpfen", müssen Akteure.

2. Änderungsantrag

Zeile 1015 nach „...nutzen“ einfügen:

„Orientiert an den Ländern Hamburg und Berlin, wollen wir ein Solargesetz verabschieden, dass ab 2023 Photovoltaikanlagen für Neubauten und im Falle von Dachumbauten verpflichtend, aber mit Ausnahmen, vorsieht.“

Begründung:

Solaranlagen brauchen Platz, im Gegensatz zu Windkraftanlagen muss der aber nicht auf der grünen Wiese gesucht werden und guten Boden versiegeln. Auf den Dächern des Landes gibt es extrem viel ungenutztes Potential, das wir erschließen müssen. Unsere Landesregierung in Berlin gibt hier einen guten Weg vor. Wobei bei so einem Gesetz entsprechend soziale Aspekte berücksichtigt werden müssen, aber das denken wir ja mit.

3. Änderungsantrag

Zeile 1066 nach „(...) nicht auf die Mieten umgelegt werden“ Einsetzen:

„Das Land versetzt die Kommunen durch Förderprogramme in die Lage, die Straßenbeleuchtung auf energiesparende Techniken wie LED oder innovative Dimmung umzurüsten. Wir stellen uns Pilotprojekte vor, die die Energiegewinnung durch Solar- und Mikrowindenergieanlagen für die Straßenbeleuchtung forciert.“

Begründung:

Energiesparende Techniken und Lichtmanagement können die Folgekosten für Straßenbeleuchtung in den Kommunen senken. Da die Anschaffung durch die Haushalte der Kommunen oft nicht gedeckt werden können, setzen wir uns für Förderprogramme mit sehr geringen oder keinem Eigenanteil an. Eine effektive Straßenbeleuchtung verbessert auch die Sicherheit auf den Straßen. (mit innovativer Dimmung meinen wir Dimmung per Frequenzvariabilität bei konstanter Spannung 230 VAC; dabei kann nahezu jede Straßenbeleuchtungsanlage eine dauerhafte Energiekostenreduzierung in der Spitze um bis zu 67% erreichen)

4. Änderungsantrag

Zwischen **Zeile 1089** und **Zeile 1091** wird ein Absatz eingefügt:

„CO²-Bremsen statt Schuldenbremse

Wir setzen uns für die Aufnahme einer sogenannten CO²-Bremsen in die Landesverfassung ein. Dies soll die erwarteten Treibhausgasemissionen der beschlossenen Gesetze, Novellen und Richtlinien deutlicher und transparenter machen. So sollen konkret neben anderen Parametern, wie geschätzten Kosten und dem Personalaufwand auch die geschätzten Treibhausgasemissionen des Gesetzes, der Novelle oder der Richtlinie Teil des Dokuments sein. Die Berechnungsmöglichkeiten sollen in den ersten 6 Monaten nach Regierungsvereinbarung durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen – Anhalt vorgestellt werden. Um das 1,5°C-Ziel noch zu erreichen ist es unerlässlich den Klimaschutz auch Teil des Gesetzgebungs- und Implementierungsprozesses werden zu lassen.“

Begründung:

Die CO²-Bremsen setzt auf die Idee, ein CO₂ Budget festzulegen und einen Preisaufschlag auf den Ausstoß von CO₂ zu setzen. Damit kann ein Anreiz geschaffen werden, stärker auf erneuerbare Ressourcen und die damit verbundenen Technologien zu setzen. Eine relativ einfache Variante auf die klimatischen Folgen von politischem Handeln aufmerksam zu machen. Natürlich verhindert das nicht automatisch den Ausstoß von Treibhausgasen. Die Bremsen soll aber dabei helfen die klimatischen Aspekte mitzudenken und kann als Argumentationshilfe für oder gegen einzelne Gesetzentwürfe verwendet werden. Die CO²-Bremsen ist eine sinnvolle Erweiterung unseres LTW-Programms, um es nicht nur umweltfreundlicher erscheinen zu lassen, sondern um zu zeigen, dass wir an Umsetzungen interessiert sind.

5. Änderungsantrag

Zeile 1103-1109 Ersetzen durch:

„Regionalen Wirtschaftskreisläufen kommt zukünftig noch größere Bedeutung zu. Kurze CO₂ sparende Lieferketten sind nicht nur für das Klima günstig, sie stärken auch die Region und die Innenstädte. Die pure Bepreisung von CO₂ ist zu kurz gesprungen. Vielmehr muss der gesamte soziale und ökologische Abdruck, den ein Produkt hinterlässt, berechnet und eingepreist werden. Es ist bequem und viel zu einseitig darauf zu verweisen, dass die Verbraucher:innen durch ihr Konsumverhalten steuernd eingreifen können. Handel und Produzenten müssen viel mehr in Verantwortung genommen werden und ihren Beitrag dafür leisten. Das gilt auch bei der Müllvermeidung. Die Entsorgung von Einwegverpackungen aus der Umwelt ist für Land und Kommunen teuer. An diesen Kosten muss sich der Handel beteiligen.“

Begründung:

Eine Ersetzung des Absatzes halten wir für dringend notwendig, da im Ursprungstext das Warum wir uns für CO₂ sparende Lieferketten einsetzen nicht zu erschließen war. Auch die Stärkung der Region und Innenstädte halten wir für erwähnenswert. Außerdem sollte der Fokus deutlicher auf der Verantwortung des Handels und Produzenten liegen.

6. Änderungsantrag

Zeile 1606 nach „(...)absolviert werden.“ Einsetzen:

„Das erzwungene „Sitzenbleiben“ von Schüler:innen muss abgeschafft werden, die freiwillige Wiederholung der Klassenstufe obliegt den Schüler:innen und/oder Eltern.“

Begründung:

Das „Sitzenbleiben“ soll verhindern, dass Schüler*innen trotz schlechter Noten automatisch weiterkommen und am Ende ihren angestrebten Abschluss nicht schaffen. Damit soll es vor der Entscheidung im Abschlussjahr möglich sein, Schüler*innen zu besseren Leistungen zu motivieren – oder ihnen eben eine zweite Chance mit einer Wiederholung zu geben. Diese Wiederholung erfüllt den Zweck aber nicht, gerade wenn sie der Schule einseitig aufgrund entsprechender Noten verordnet wird. Schüler*innen werden so aus ihrem gewohnten sozialen Schulumfeld gerissen und langweilen sich aufgrund der Wiederholung bereits bekannten Stoffes. Auch einige Studien legen nahe, dass das Sitzenbleiben einen negativen Effekt auf den Lernerfolg hat – so lässt es sich z.B. aus der großen Metaanalyse des neuseeländischen Pädagogen John Hattie („Hattie-Studie“) von 2009 schließen. Es geht aber nicht nur um den Effekt, sondern auch um ein linkes Ideal: Lernen ist uns wichtiger als Prüfen. Das bedeutet auch, dass das Bildungsministerium nicht aufgrund von Prüfungsergebnissen so einschneidende Veränderungen im Lernumfeld der Schüler*innen vornehmen darf. Das freiwillige Sitzenbleiben, für das es ja durchaus gute Argumente geben kann, soll davon unberührt bleiben.

7. Änderungsantrag

Zeile 1674 nach „(...) zur Verfügung stellen.“ Einsetzen:

„Zur Schuldemokratie gehört auch, autoritäre und potentiell benachteiligende Mechanismen wie die „Kopfnoten“ abzuschaffen, die durch regelmäßige individuelle Rückmeldungen ersetzt werden müssen.“

Begründung :

Kopfnoten sind keinesfalls unumstritten. In den meisten Bundesländern wurden sie zwischenzeitlich abgeschafft, um dann von konservativen Regierungen wieder eingeführt zu werden. Das hat auch seinen Grund: Sie sagen wenig bis nichts aus und bedeuten nur eine höhere Belastung für die Lehrkräfte und für die Schüler:innen. Es ist sinnvoll, individuelle Rückmeldungen zu geben und in der Schule auch das Sozialverhalten zum Thema zu machen. Aber das individuelle Agieren in der komplexen sozialen Dynamik des Klassenraums lässt sich definitiv nicht auf eine einfache Bewertung bringen, die meist ohne Kontext auf dem Zeugnis steht. Dazu kommt: Die Vergabe ist nicht transparent, Missverständnisse und Vorurteile können sich potentiell hier besonders leicht übertragen. Kurzum: Es ist einfach Zeit, mit dieser Kontinuität obrigkeitsstaatlicher Lehrmeisterei zu brechen und einen Weg linker Schulpolitik im Sinne sozialen Lernens zu beschreiten.

8. Änderungsantrag/ Gemeinsam mit Hendrik Lange

Zeile 1881 nach „(...)absolvieren können.“ einsetzen:

„Deshalb soll die Regelstudienzeit kurzfristig verlängert und mittelfristig durch andere Modelle ersetzt werden.“

Begründung:

Mit der Abschaffung der Langzeitstudiengebühren zum Wintersemester 2020/21 wurde das größte Problem der Regelstudienzeit-Überschreitung beseitigt. Nichtsdestotrotz bleibt es dabei, dass die Regelstudienzeit die Realität nicht abbildet. Bundesweit erreichen nur knapp 40 Prozent der Bachelor-Studierenden ihren Abschluss in Regelstudienzeit, die meisten brauchen noch zwei Semester länger (vor der Corona-Pandemie). Es gibt dabei größere Unterschiede zwischen den Bundesländern und den einzelnen Studienfächern, aber alle Zahlen machen deutlich, dass die Regelstudienzeit eben nicht der Regel entspricht. Deshalb fordern die meisten Studierendenschaften in Sachsen-Anhalt auch ihre Anpassung bzw. Abschaffung. Das hätte nach der Abschaffung der Langzeitstudiengebühren nicht nur einen symbolischen Wert, sondern würde auch für Bafög-Zahlungen und KfW-Kredite relevant sein. Auch wenn man die Meinung vertritt, dass Studierende in sechs oder acht Semestern fertig werden müssen, muss man doch anerkennen, dass die Regelstudienzeit dafür kontraproduktiv

ist: Sie setzt Studierende nur unter Druck und sorgt damit häufig dafür, dass sich das Studium weiter verlängert. Es braucht kurzfristig eine Anpassung – und d.h. in dem Fall Verlängerung – an die Realität und mittelfristig muss nach anderen Möglichkeiten gesucht werden, wie ein freies und selbstbestimmtes Studium möglich ist. Das ist eine komplexe Aufgabe, da damit ja auch der Anspruch der Studierenden auf den hypothetischen Abschluss gegenüber der entsprechenden Hochschule begründet wird.

9. Änderungsantrag

In Zeile 1915 und 1918 soll:

das Wort „Flüchtlinge“ durch das Wort „Geflüchtete“ ersetzt werden.

10. Änderungsantrag

Zeile 2404 nach „griechisch-türkischen Grenze“ einsetzen:

„und illegale Push Backs (illegale Zurückführung von Geflüchteten hinter die EU-Außengrenzen),“

Begründung:

Wir sprechen uns dafür aus die illegalen Push-Backs an den EU-Außengrenzen zu benennen und anzusprechen. Aus dem Grund, dass diese Praxis inakzeptabel und menschenverachtend ist. Dazu ist es hochgradig peinlich für ein reiches und „fortschrittliches“ Europa. Eine so konkrete Benennung ist aus unserer Sicht dringend notwendig, da es ein in der Migrationspolitik (leider) gängiger Begriff ist. (die übersetzende Erklärung halten wir für die Lesbarkeit des Programms erforderlich)

11. Änderungsantrag

Zeile 2449 nach „(...)begreifen wir“ ersetzen „*Ordnungspolitik*“ durch:

„nicht nur als Innenpolitik“ [REDAKTIONELL]

Begründung:

Wir hatten den Eindruck, dass hier "Ordnungspolitik" gemeint ist als Politik der öffentlichen Ordnung/Sicherheit. Nach gängiger Definition meint Ordnungspolitik aber (ordoliberalen bzw. eigentlich neoliberalen) Wirtschaftspolitik. Auch wenn uns klar ist, dass sich Definitionen und Bedeutungen ändern, sollten wir das hier trotzdem anpassen.

(siehe z.B. <https://de.wikipedia.org/wiki/Ordnungspolitik>), damit am Ende niemand meinen kann, das Programm sei unverständlich bzw. "falsch".)